

BASis Info 10/2024

Neues von der Duisburger SPD-Bundestagsabgeordneten Bärbel Bas

Foto: photothek

Liebe Leserin, lieber Leser,

knapp ein Jahr vor der nächsten Bundestagswahl hat der SPD-Parteivorstand in seiner Klausur wichtige Weichen gestellt. Wir wollen den von uns eingeschlagenen Weg fortsetzen und öffentliche Investitionen deutlich erhöhen. Uns geht es um eine moderne Infrastruktur, die allen Bürgerinnen und Bürgern zugutekommt. Wir wollen außerdem, dass 95 Prozent der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mehr Geld in der Tasche haben – und zwar, indem wir die Einkommensteuer senken. Um das zu finanzieren, wollen wir die sehr Reichen stärker in die Verantwortung nehmen. Für die allerhöchsten Einkommen soll die Einkommensteuer steigen. Ebenso setzen wir uns für eine höhere Besteuerung von sehr großen Erbschaften, eine neue Vermögensteuer und eine grundlegende Reform der Schuldenregel ein.

Deutschland muss auch in Zukunft ein starker und erfolgreicher Wirtschaftsstandort bleiben – stets verbunden mit ökologischer Vernunft und sozialer Sicherheit. Eine rückwärtsgewandte Wirtschaftspolitik auf dem Rücken der Beschäftigten ist mit uns nicht zu machen. Es braucht eine starke deutsche Industrie und sichere Arbeitsplätze – gerade auch für Duisburg.

Wir wollen daher einen neuen Aufschwung in Gang setzen. Dazu brauchen wir dringend mehr Investitionen in Zukunftstechnologien und wollen diese staatlich fördern. Ein Deutschlandfonds soll helfen, privates Kapital einzusammeln und neue Schuldenregeln sollen mehr notwendige öffentliche Zukunftsinvestitionen ermöglichen. Wir wollen zudem

für wettbewerbsfähige Strompreise sorgen und mit einer gut ausfinanzierten Arbeitsmarktpolitik den Arbeitsmarkt bei konjunkturellen Einbrüchen abfedern. Mit den vielfältigen Maßnahmen aus der Wachstumsinitiative werden wir die Wirtschaft außerdem grundlegend unterstützen.

Jeder Mensch in Deutschland soll sicher leben können. Um die öffentliche Sicherheit zu stärken, haben wir im Bundestag in der vergangenen Woche ein umfangreiches Sicherheitspaket beschlossen. Das Paket beinhaltet eine Verschärfung des Waffenrechts, eine Änderung des Asyl- und Aufenthaltsrechts und die gezieltere Bekämpfung von Extremismus durch eine Ausweitung der Befugnisse für unsere Sicherheitsbehörden. Diesen Teil des Pakets, die Ausweitung der Befugnisse für die Sicherheitsbehörden, hat die Union am Freitagnachmittag im Bundesrat abgelehnt. Obwohl die Polizeien in den Ländern diese fordern, um ihrer Arbeit besser nachgehen zu können. Wir werden dennoch konstruktiv an einer Lösung arbeiten. Denn für uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist das Wohl des Landes und die Sicherheit der Bürgerinnen und Bürger wichtiger als Parteitaktik.

Für uns ist klar: Menschen, die Schutz brauchen, werden ihn auch künftig erhalten. Das ist für mich eine Frage der Humanität. Damit wir das auch können, müssen wir wissen, wer zu uns kommt, und dafür sorgen, dass der Schutz nicht ungerechtfertigt beansprucht wird.

Herzliche Grüße
Bärbel Bas



Gedenken an die Opfer des Terrors vom 7. Oktober

Am 7. Oktober jährte sich zum ersten Mal der brutale Überfall der islamistischen Terrororganisation Hamas auf Israel. Die Hamas verübte an diesem Tag grausame Massaker an der israelischen Zivilbevölkerung und ermordete etwa 1.200 Menschen. 364 von ihnen tötete die Terrororganisation auf dem Nova-Musikfestival. Die Terroristen vergewaltigten systematisch Frauen und entführten etwa 250 Menschen als Geiseln in den Gazastreifen. Über 100 von ihnen sind noch immer in der Gewalt der Hamas.

Die Brutalität und Menschenverachtung der Hamas gegenüber den Menschen in Israel hat mich zu tiefst geschockt. Meine Gedanken, mein Mitgefühl und meine Solidarität gelten den Opfern des terroristischen Angriffs und ihren Hinterbliebenen. Genau wie den Geiseln und ihren Angehörigen, die weiterhin bangen, ob sie ihre Lieben wiedersehen werden.



Zugleich ist es ein Gebot der Menschlichkeit, das Leid aller zu sehen. Das Leid der Opfer der Hamas, das Leid der Geiseln. Genauso wie das Leid der Zivilbevölkerung in Gaza und im Libanon. Es gilt, für die Befreiung der Geiseln und die Sicherheit der Menschen in Israel zu sorgen und das Leid der Zivilbevölkerung auf allen Seiten zu lindern. Unser Ziel ist und bleibt ein friedliches Zusammenleben in der Region im Rahmen einer Zweistaatenlösung.

Konflikt hat auch Auswirkungen auf Deutschland

Die Auswirkungen dieses Konflikts spüren wir auch bei uns. Wir sehen Angriffe auf jüdische Einrichtungen und Häuser und antisemitische Parolen auf den Straßen und in unseren Unis. Dass dies heute hier in Deutschland passiert, ist unerträglich. „Nie wieder ist jetzt“ ist unser Auftrag, Antisemitismus entschieden zu bekämpfen und den Jüdinnen und Juden hier bei uns ganz selbstverständlich ein Leben in Sicherheit zu ermöglichen. Das ist nicht nur die Lehre aus unserer Geschichte, sondern auch der Auftrag unseres Grundgesetzes. Wir müssen immer für Menschlichkeit und Toleranz sowie für Freiheit und Demokratie einstehen.

Gedenken im Bundestag

Im Bundestag gab es eine Plenardebatte mit dem Titel „7. Oktober: Ein Jahr nach dem terroristischen Überfall der Hamas auf Israel“, vor der ich als Bundestagspräsidentin einleitende Worte gesprochen habe, um der Opfer im Namen aller Abgeordneten zu gedenken. Diese finden Sie unter <https://www.bundestag.de/mediathek?videoid=7616336#url=L21lZGlhdGhla292ZXJsYXk/dmlkZW9pZD03NjE2MzM2&mod=mediathek>.

Gemeinsam mit dem israelischen Botschafter Ron Prosor und Alon Gat, der selbst den Angriff der Hamas überlebt hat, aber seine Mutter und später auch seine Schwester, die Geisel der Hamas war, verlor habe ich zudem im Bundestag an die Opfer des grausamen Terrorangriffs der Hamas und an das Schicksal der Geiseln im Gazastreifen erinnert. Gemeinsam präsentierten wir Abgeordneten und Beschäftigten fünf Videostelen, die an die entführten Geiseln des Terrorangriffs auf Israel, erinnerten. Dies war mir wichtig, denn wir müssen den Opfern ein Gesicht geben, um ihr Schicksal begreifbar zu machen.



IG-Metall-Demo und Stahlgipfel in Duisburg

Die Frage, wie es mit der Stahlindustrie in unserer Stadt weitergeht, beschäftigt uns alle. Sie stand auch beim Stahlgipfel in Duisburg im Mittelpunkt. Dazu hatte das Wirtschaftsministerium NRW gemeinsam mit der Wirtschaftsvereinigung Stahl, der IG Metall und den übrigen Ländern der Stahllianz eingeladen. Auch ich war dabei und durfte auch auf der IG-Metall-Demo im Vorfeld des Stahlgipfels zu den Beschäftigten sprechen.

Zuallererst erwarte ich von den Verantwortlichen bei Thyssenkrupp, dass sie ihrer Verantwortung endlich gerecht werden und den Beschäftigten die Antworten und konkreten Perspektiven geben, die sie verdienen. Aber auch Landes- und Bundesregierung müssen zeigen, wie sie die Transformation zu grünem Stahl konkret angehen wollen. Beim Umbau von Kohle zu Wasserstoff wird über die bereits zugesagten knapp zwei Milliarden Euro weitere staatliche Unterstützung nötig sein, etwa mit Blick auf die Energiekosten. Für die Übergangszeit bis zur gelungenen Transformation brauchen wir einen Industriestrompreis. Und auch die Netzentgelte müssen runter. Der Ausbau der Netze ist Bestandteil der Daseinsvorsorge und sollte aus anderen staatlichen Mitteln finanziert werden, nicht über



Netzentgelte. So würden energieintensive Industrien zügig und spürbar entlastet und die Transformation leichter. Dass nun über ein Industriestrompreis-Paket gesprochen wird, ist dafür ein wichtiger Schritt. Dafür, dass es kommt und für weitere notwendige Maßnahmen werde ich kämpfen.

Aber natürlich bleibt auch das Land in der Verantwortung. Wenn der Staat Milliardenhilfen in ein Unternehmen steckt, dann muss er auch eine Stimme haben. Ich unterstütze daher die Forderung nach einem Aufsichtsratsmandat für die Landesregierung bei ThyssenKrupp. Sie darf sich hier nicht weiter wegducken. Denn es geht um tausende Arbeitsplätze in Duisburg – und um die Zukunft der deutschen Stahlindustrie insgesamt.

Zu Gast bei der VHS Duisburg

Ende September war ich zu Gast bei der VHS Duisburg. Dort hatte ich die Gelegenheit zu einem offenen Gespräch und konnte viele Fragen beantworten – zu meinem Alltag als Bundestagspräsidentin, aber auch zu Themen wie der Stahlindustrie, den Ergebnissen der Landtagswahlen und dem MSV Duisburg. Ich freue mich immer über offene und ehrliche Gespräche – sie schärfen meinen Blick dafür, was vor Ort wirklich zählt. Das nehme ich immer mit nach Berlin.

Vielen Dank an alle Duisburgerinnen und Duisburger, die sich Zeit genommen haben, und an Fach-



bereichsleiter Josip Sosic und VHS-Vorstand Volker Heckner für die Einladung!



Mein Tagebuch

Der Rücktritt von Kevin Kühnert aus gesundheitlichen Gründen vom Amt des SPD-Generalsekretärs kam auch für mich überraschend. Sein Talent und sein Engagement für die Sozialdemokratie werden uns fehlen. Ich habe großen Respekt vor seiner Entscheidung und wünsche ihm, dass er schnell wieder gesund wird. Seinen Nachfolger Matthias Miersch kenne ich seit vielen Jahren sehr gut. Ich weiß daher, dass die SPD mit ihm einen sehr guten Nachfolger gefunden hat. Er ist ein großer Fachmann für Energie- und Klimafragen und ein aufrichtiger Sozialdemokrat, der sich mit ganzem Herzen für die Menschen in unserem Land einsetzt und dafür kämpft, den Alltag der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Gemeinsam mit ihm werde ich weiter für eine starke Sozialdemokratie, für die Menschen in unserem Land und in unserer Stadt kämpfen. So wie zuletzt vor wenigen Wochen als ich zu zwei Veranstaltungen in seinem Wahlkreis zu Gast war.



Ich bin sehr zuversichtlich, auch unseren Oberbürgermeister Sören Link dabei weiter an meiner Seite zu haben. Er ist unser Kandidat für die nächste Oberbürgermeisterwahl im kommenden Jahr: Das hat die SPD Duisburg Ende September mit großer Mehrheit entschieden. Ich gratuliere Sören Link von Herzen zur erneuten Nominierung.



Mit Sören Link haben wir einen starken Kandidaten, der Duisburg in den letzten Jahren Schritt für Schritt vorangebracht hat. Durch kluges Haushalten und den Abbau von Altschulden hat die Stadt heute deutlich mehr finanzielle Spielräume als vor seiner Amtszeit. Damit können wir weiter in unsere Stadt investieren: in Kitas und Schulen, in Straßen und den ÖPNV, in Sicherheit und Sauberkeit in den Stadtteilen.

Lieber Sören, ich freue mich darauf, Dich dabei zu unterstützen!

Bis zum nächsten Mal,
ich freue mich drauf!

Impressum und Kontakt

V.i.S.d.P.:

Bärbel Bas, MdB

Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 030/227-75607, Fax: 030/227-76607

baerbel.bas@bundestag.de, www.baerbelbas.de

Meine Datenschutzerklärung finden Sie hier:
<https://www.baerbelbas.de/kontakt/datenschutz.html>.

Wenn Sie diesen Newsletter nicht mehr bekommen möchten, können Sie sich hier jederzeit abmelden:
<https://www.baerbelbas.de/medien/newsletter-abo.html>

Neues zum Schluss